



Rendsburg, 05. Oktober 2010

Pressemitteilung

Schwarz: Bauernprotest am Freitag in Lübeck

„Schleswig-Holsteins Bauern sind alarmiert.“ Wie Verbandspräsident Werner Schwarz im Vorfeld der Konferenz der Agrarminister von Bund und Ländern, die vom 6. bis 8. Oktober in Lübeck stattfindet, sagte, mehrten sich die Anzeichen, die Gemeinsame Agrarpolitik massiv zulasten der Landwirtschaft zu verändern. Namentlich nannte Schwarz Umweltverbände, das Land Nordrhein-Westfalen, aber auch die EU-Kommission, die eine niedrige Basisprämie in Verbindung mit zusätzlichen Auflagen ins Gespräch gebracht hätten. Da auch Agrarkommissar Ciolos in der Hansestadt dabei sein werde, habe der Bauernverband zu einer Demonstration am Freitag vor dem Tagungsgebäude, dem Hotel Mövenpick, aufgerufen (Beginn 9 Uhr).

Schwarz sagte es ganz deutlich: „Damit können wir nicht leben.“ Die Auflagen der europäischen Landwirtschaft seien schon heute in ihrer Höhe konkurrenzlos und verringerten damit die Wettbewerbsfähigkeit der Höfe. Die immer noch gesunde Betriebsstruktur und damit auch der ländliche Raum dürfe in seiner Vitalität nicht aufs Spiel gesetzt werden.

Der Bauernverbandspräsident erinnerte daran, dass Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner und die zuständigen Minister der Bundesländer derartigen Bestrebungen auf der Agrarministerkonferenz im Frühjahr in Plön einen deutlichen Riegel vorge-schoben hätten. Schwarz: „Wir fordern die Ministerinnen und Minister auf, die AMK in Lübeck in dieser Woche zu einem ebenso starken Votum für den Erhalt der Ersten Säule, also der Direktzahlungen an unsere Betriebe, zu machen. Auch EU-Agrarkommissar Ciolos, der sich bisher mit eigenen Vorstellungen sehr zurückgehal-ten hat, muss diese bewährte und moderne Agrarpolitik bis 2020 festschreiben.“

Er wies darauf hin, dass allein die Direktzahlungen der Ersten Säule bei Betrieben - in Abhängigkeit vom jährlich schwankenden Markterlös - bis zu 60 Prozent des Ge-samteinkommens ausmachen würden. Auf die Direktzahlungen könnten die Landwir-te nicht verzichten. Dass sie sich gegen eine Aufweichung der Transferzahlungen und gegen eine Überfrachtung mit Auflagen zur Wehr setzten, sei für den Bauern-verband als Vertretung aller Landwirte eine klare Sache. Schwarz: „Die Gemeinsame Agrarpolitik bietet den Landwirten mit den Direktzahlungen eine verlässliche Kalkula-tionsbasis für die Zukunft - das darf einer Reform nicht zum Opfer fallen!“

Weitere Fragen beantwortet Ihnen gerne:

Klaus Dahmke - Öffentlichkeitsarbeit
klaus.dahmke@bauernverbandsh.de
Telefon 04331/12 77-20 • Fax 04331/2 61 05
Mobil 0171/9727332

Postanschrift

Postfach 821
24758 Rendsburg
www.bauernverbandsh.de